



Kurzbericht

über die 13. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses**

am Mittwoch, dem 28. März 2018, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Der Wirtschaftsausschuss fasste den Beschluss, die beiden vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus übersandten Vorlagen, [Umdrucke 19/743](#) und [19/770](#), im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

1. **Information zum aktuellen Sachstand der Umsetzung des sog. 7-Punkte-Plans zur Marschbahn**

Der Ausschuss nahm einen Bericht von Herrn Reh, DB Regio AG Region Nord, zum aktuellen Sachstand der Umsetzung des 7-Punkte-Plans zur Marschbahn entgegen. Hieran schloss sich eine ausführliche Aussprache an.

2. **Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand des Ausbaus des Nord-Ostsee-Kanals**

Antrag von Abg. Kai Vogel (SPD)
[Umdruck 19/723](#)

Auf Antrag von Abg. Vogel, [Umdruck 19/723](#), nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung und eines Vertreters der Generaldirektion Wasser, Straßen und Schifffahrt (GWBS) entgegen. Auch hieran schloss sich eine Aussprache an.

3. **Gebührenfreie Meisterprüfung ermöglichen und Meistergründungsprämie schaffen**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/271](#) (selbstständig)

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zu der Vorlage ab. Der in geänderter Fassung zur Abstimmung gestellte Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/271](#) (selbstständig), wurde vom Ausschuss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuss sprach außerdem mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW an den Landtag die Empfehlung aus, den Text des Antrags der Koalitionsfraktionen aus [Umdruck 19/791](#) zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

4. Tarifliche Anpassung des vergaberechtlichen Mindestlohns

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/357](#) (neu)

Der Ausschuss schloss auch seine Beratungen zu dieser Vorlage ab. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW bei Enthaltung der AfD sprach er an den Landtag die Empfehlung aus, den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Tarifliche Anpassung des vergaberechtlichen Mindestlohns, [Drucksache 19/357](#) (neu), abzulehnen.

5. Flächendeckenden Breitbandausbau fördern

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/497](#)

Nach einer kurzen Aussprache schloss der Ausschuss seine Beratungen zu der Vorlage ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Flächendeckenden Breitbandausbau fördern, [Drucksache 19/497](#), unverändert anzunehmen.

6. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017

[Drucksache 19/423](#)

Die Ausschussmitglieder kamen überein, sich in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Tätigkeitsbericht zu befassen und zu der Beratung auch den Beauftragten für Menschen mit Behinderung einzuladen.

7. Verschiedenes

Zu dem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

8. Beschaffung von Schienenfahrzeugen mit innovativem Antrieb für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Schleswig-Holstein

Vertraulicher [Umdruck 19/770](#)

Der Ausschuss beschäftigte sich in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil mit der Beschaffung von Schienenfahrzeugen mit innovativem Antrieb für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Schleswig-Holstein.

9. Kommunen und Fahrzeugbesitzer im Diesellabgasskandal nicht im Stich lassen

Antrag des Abg. Kai Vogel (SPD)

[Umdruck 19/781](#)

Der Ausschuss nahm auf Antrag von Abg. Vogel die Vorlage neu in die Tagesordnung auf. Nach einer kurzen Beratung beschloss der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag abzulehnen.

10. Mobilität erhalten, Wertverlust verhindern: Keine neue Kennzeichnungspflicht für Dieselmotorkraftfahrzeuge ([Drucksache 19/584](#))

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD)

[Umdruck 19/792](#)

Auch diesen Tagesordnungspunkt nahm der Ausschuss neu in die Tagesordnung auf. Nach einer kurzen Aussprache zog der Antragsteller seinen Antrag zurück.

Schluss: 13:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder